

Kommunalwahl am 9. Juni 2024

Wahlprüfsteine

CDU Fraktion im Gemeinderat Ulm

Wohnraum:

Wir brauchen eine Wohnbauoffensive, bei der auch Baugrundstücke für 100 Prozent geförderten Wohnraum ausgeschrieben werden. Die Einkommensgrenzen für einen Wohnberechtigungsschein liegen in BW auf einem Niveau, das auch beispielsweise eine Krankenschwester und ein Busfahrer diesen mit ihrem Einkommen erhalten können und damit von einem solchen Programm profitieren. Gleichzeitig muss mehr modular gebaut werden und durch die entsprechenden Einsparungen bei der Planung und Ausführung können die Baukosten reduziert werden.

Wohnraum für Personen in Notlagen:

Wir halten es für sinnvoll, dass für bestimmte Personengruppen ein Kontingent an Wohnungen zur Verfügung steht und haben uns beim Thema Frauenhäuser für einen Neubau anstelle der Drachenburg eingesetzt, der Frauen zu Gute kommt.

Förderung der Freiwilligendienste:

Einen kommunalen Wohnkostenzuschuss könnten wir uns sowohl für FSJler aber auch für Berufe wie Erzieherinnen, die dringend gesucht werden, aber vielleicht aufgrund ihres Einkommens die Mieten in Ulm nicht bezahlen können, sehr gut vorstellen.

Barrierefreies Stadtgebiet:

Das Kopfsteinpflaster im Fischerviertel ist für Menschen mit Rollator oder Rollstuhl ein Problem. Wir setzen uns dafür ein, dass vor allem, wenn Straßen neu angelegt werden, wie jetzt die Fußgängerzone, auf die Bedürfnisse von Rollstuhlfahrern und Menschen mit Gehhilfen geachtet wird. Auch die Straßenbahnhaltestellen wurden Schritt für Schritt im Hinblick auf Barrierefreiheit umgebaut. Der Einstieg in den

Bus ist leider immer noch nicht optimal für Rollstuhlfahrer, da sie darauf angewiesen sind, dass Fahrgäste oder Busfahrer ihnen helfen.

Pflege:

Zum einen müssen die Schülerinnen und Schüler noch mehr über die Möglichkeiten einer Berufstätigkeit im Pflegebereich informiert werden, z.B. in dem die Einrichtungen direkt Kontakt zu Schulen aufnehmen. Außerdem ist das Ziel „ambulant vor stationär“, dass ältere Menschen mit Unterstützung durch die Stadtverwaltung, die Hilfen vermittelt, möglichst lange in den eigenen vier Wänden bleiben können. Auch für neue Wohnformen, zum Beispiel Betreutes Wohnen, werden wir uns einsetzen.

Kostenloser ÖPNV am Samstag:

Der kostenlose ÖPNV am Samstag kostet die Stadt jährlich ca. 1 Mio. Euro. Wir halten es für besser, ein Kurzstreckenticket einzuführen, den Preis für die Tagestickets zu reduzieren und das Geld in den Ausbau des Angebots zu investieren, z.B. Teile des Eselsbergs und die Ortschaften besser anzubinden.

Schulsozialarbeit:

Wir haben uns schon in der Vergangenheit für einen Ausbau der Schulsozialarbeit stark gemacht. Die Themen an Schulen, wie Konflikte und die psychische Gesundheit von Schülerinnen und Schülern nehmen eher zu, so dass wir auch einen weiteren Ausbau der Schulsozialarbeit fordern. Oft geht es aber ums Geld. Wir sind bereit, neue Stellen für Schulsozialarbeit im Haushalt mit hoher Priorität zu behandeln.

Kita-Gebühren:

Wir halten die aktuelle Gebührenordnung für sinnvoll. Niedrige Einkommen werden gar nicht oder gering belastet und höhere Einkommen stärker. Wir wollen diese Gebühren in die Qualität z.B. einen besseren Personalschlüssel und mehr Unterstützung für die Kitas investieren.